



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme

DB Regio und S-Bahn

23. Februar 2017

Kein Geld für Krieg!

Schluss mit Bundeswehreinsätzen!

„Schweden – schaut euch an, was letzte Nacht in Schweden passiert ist!“ Mit diesen schockierenden Worten sorgt der neue US-Präsidenten Trump für Heiterkeit – weil die schwedische Regierung schnell klar stellte, dass... gar nichts passiert war. Für anderen Gesprächsstoff sorgte bei der Münchener „Sicherheitskonferenz“ am Wochenende sein Ultimatum: NATO-Staaten, die nicht 2 % ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) in den Rüstungshaushalt stecken, sollten sich nicht mehr auf militärische Unterstützung der USA verlassen.

Eine neue Runde des Wettrüstens

Dabei beruft sich Trump auf eine Selbstverpflichtung der NATO-Staaten. Doch bislang stand diese Zahl nur auf dem Papier. Trump erhöht nun den Druck, die Rüstungsausgaben weltweit zu steigern. Innenpolitisch will er das als „mehr Gerechtigkeit“ verkaufen. Denn die USA geben selber 3,6 % ihres BIP für die Armee aus – unvorstellbare 641 Mrd. \$. Das ist etwa doppelt so viel wie der gesamte Bundeshaushalt und über zehn mal so viel wie der nächste NATO-Staat Großbritannien. Trump geht es nicht etwa darum, diese gigantischen Ausgaben zu senken. Ganz im Gegenteil, er hat weitere Aufrüstung angekündigt. Das Gerede über „gerechtere Lastenverteilung“ ist also Quatsch.

Es geht nur um eine Erhöhung der Kriegsausgaben, was ein Geschenk für die weltweite Waffenindustrie ist – die US-amerikanische genauso wie die deutsche, denn Deutschland liegt hinter den USA und Russland auf Platz 3 der Waffenexporte!

Die Bundesregierung ist mehr als willig

Die Forderung Trumps passt der Bundesregierung in Wahrheit gut in den Plan. Nicht umsonst hat sie sich auf die 2%-Vereinbarung als Zielmarke eingelassen. Alle großen Parteien wollen schon seit langem, dass Deutschland im Interesse der Konzerne und ihrer Wirtschaftsmacht auch militärisch wieder Großmacht wird. Verteidigungsministerin von der Leyen erhöht seit Jahren die Rüstungsausgaben. Auf der Sicherheitskonferenz kündigte sie an „Initiative zu übernehmen, dass wir gemeinsam schlagkräftiger werden“.

Die Ausgaben für die Bundeswehr sind schon jetzt mit 11 % der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt: 37 Mrd. Euro im Jahr. Um aber auf 2 % des BIP zu kommen, wären weitere 25 Mrd. jährlich notwen-

dig. Das ist soviel wie Hartz-IV-Zahlungen (20,5 Mrd.) und die Bundeszuschüsse zur Unterkunft (5,1 Mrd.) zusammengekommen. Auch wenn diese 2%-Marke noch weit entfernt ist, so sind Merkel und von der Leyen entschlossen, noch mehr Geld in Waffen und Armee zu stecken, was dann anderswo auf Kosten der Bevölkerung eingespart werden soll.

Nicht in unserem Interesse!

Doch wem nützt das ganze eigentlich? Von der Leyens Ministerium trägt „Verteidigung“ im Namen und die Münchener Konferenz „Sicherheit“. Doch in Wahrheit geht es weder darum, die Bevölkerung in Deutschland oder Europa zu verteidigen, noch für mehr Sicherheit zu sorgen.

Die NATO hat in den letzten 20 Jahren mehrere Kriege geführt, angefangen vom Kosovo-Krieg über Afghanistan bis Libyen. Die westlichen Großmächte und Russland bombardieren seit Jahren in Syrien, viele NATO-Staaten waren am Irak-Krieg beteiligt, der überhaupt erst den sogenannten „Islamischen Staat“ hervorgebracht hat. Deutschland hat soeben den Bundeswehreinsatz in Mali ausgeweitet.

All diese Kriege haben die Welt nicht sicherer gemacht. Aber sie haben durchaus genutzt... den Interessen der westlichen Konzerne, nicht nur der Öl- und Waffenindustrie. Es geht bei diesen Kriegen darum, den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten in der Hand von Regimen zu wissen, die mit dem Westen und seinen Unternehmen kooperieren. Es ist das auf extremer Ungleichheit und Ausbeutung beruhende Weltwirtschaftssystem, in dem die 6 reichsten Menschen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, das sich nur durch Kriege und Armeen mehr schlecht als recht durchsetzen lässt. Die ungeheuren Rüstungsausgaben, die nun noch weiter steigen sollen, werden in Kriege investiert, die Tod und Vertreibung und damit die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen weiter anheizen.

Wir haben kein Interesse weder an der NATO, noch an Aufrüstung und Kriegseinsätzen. Einer der Gründerväter der Sozialdemokratie, August Bebel hat den Spruch geprägt: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Gemeint ist das kapitalistische System, das heute noch genauso abgeschafft gehört wie vor 150 Jahren.

Von Kollegen für Kollegen...

Flexibel bei der Sicherheit

Seit Tagen ist das Signal im Hauptbahnhof Richtung Friedrichstraße gestört. Betrieblich korrekt wird seitdem am Halt-zeigenden-Signal vorbeigefahren. Schön auf Sicht.

Es wird immer wieder dran rumgebastelt. Nur mit dem Erfolg ist es so eine Sache... Wird eine Ausnahme zur Regel gemacht, kann eine gefährliche Routine entstehen. Das kann nicht sein, wenn es um Sicherheit geht. Hauptbahnhof ist doch nicht irgendwo draußen hinter Marzahn!

Arbeitsbelastung senken!

Eine Kollegin hat sich bei der Unterwegsreinigung an einer benutzten Spritze verletzt, als sie mit Handschuhen in den Mülleimer gegriffen hat. Die Reinigung im wackelnden Zug zwischen den Fahrgästen ist sowieso schon eine Zumutung. Und bei dem Zeitdruck und Stress ist es nur eine Frage der Zeit, bis etwas passiert. Hier ist die Bahn genauso verantwortlich wie bei anderen Beschäftigten. Überall gilt: Wir müssen mehr Personal und menschliche Einsatzpläne durchsetzen!

Wer schlecht schläft, stirbt früher

Die KiNs vereint das mulmige Gefühl, dass schon wieder die frühen Frühschichten - also die mit einer 2, 3 oder 4 vor dem Doppelpunkt - zugenommen haben. In Schicht arbeiten ist sowieso schon Körperverletzung. Keine Studie, in der nicht festgestellt wird, dass Schichtarbeit das Risiko für Diabetes, Krebs und andere Schweinereien erhöht. Aber Schichtpläne müssen nicht so gesundheitsschädlich sein, wie bei der DB.

Arbeitsmediziner und Krankenkassen fordern ständig: Frühschichtstart nicht zu früh, Frühschicht soll keine „Fast-Nachtschicht“ sein, Freizeitblock am Wochenende, Nachtschichtende nicht zu spät, vorhersehbare Schichtpläne... Da ist bei der DB noch Luft nach oben!

Hallo, hallooooo....?!

Der Teamleiter ist passé, dafür sollen uns nach Wunsch der S-Bahn-Leitung Arbeitsgebietsleiter glücklich machen. Die werden künftig auf drei Meldestellen verteilt und sollen da präsent sein. Hoffentlich gab es nicht zuviele Versprechungen. Hat man denen klargemacht, dass nach S-Bahn-Planung die Meldestellen mal wegfallen sollen? Könnte einsam dort werden...

Was für eine Drohung

Jeder Tf, der bei Regio einen Ladeschrank für sein Tablet braucht, soll dies dem Teamleiter melden. Von denen ist dann schon mal zu hören: Na wenn du nur auf einer Meldestelle arbeiten möchtest! Wer einen Ladeschrank haben möchte, der solle also eine stupidere Arbeit akzeptieren. In welcher Welt leben die denn. Na klar wollen wir möglichst nur eine Meldestelle und keine Einsatzräume.

DB ohne B

Bei Cargo setzt sich der große Ausverkauf fort. Stellen sollen trotz Überstunden und Vergabe von Zügen an andere Unternehmen abgebaut werden. Wieder profitabel zu werden, ist die größte Sorge.

Ladestellen werden geschlossen, was unweigerlich zu mehr LKW führen muss. Da kann der Umweltvorreiter DB sogar noch Ökostrom sparen.

Denkbar ist, dass Cargo zu einem Verwaltungs- und Abrechnungszweig der DB wird. Nach dem Modell Flixbus. Die besitzen keine eigenen Busse. Sondern verteilen die Arbeit, diktieren Bedingungen und kasieren ab. Das könnte eine neue Angriffswelle auf alle Bereiche der DB werden.

Wer billig kauft zahlt drauf

Nun stellt sich doch heraus, dass die beiden Brände an den GTW auf dem RE6 nur als Vorwand benutzt wurden. Denn auch ohne die Brände und der scheinbar „vorsorglichen“ Überprüfung, müssen nach und nach über die Hälfte der GTWs wegen Fristablaufs stillgelegt werden. Da die 648er für die Linie noch nicht ausreichend zur Verfügung stehen, ist da ein Loch.

Der VBB droht wohl schon mit einer Kündigung des Verkehrsvertrags und wir hören schon den Singsang der Chefs: Jetzt Kollegen, jetzt müssen wir zusammenhalten und DB Regio auf Kurs bringen...

... und das Bodenpersonal auf den Zügen wird sich den Ärger der Fahrgäste anhören dürfen

... und beim Bodenpersonal wird wieder versucht werden zu sparen.

Oben wird sich verzockt und die Arbeitenden sollen zahlen. Hier ist mehr kaputt als ein paar Schienenbusse.

Freiheit für das Wort

Ende Januar hieß es in einer zugeknöpften Presseerklärung, die Schlichtung werde bis 9. Februar ausgesetzt und werde „bis zum Ende der 7. Kalenderwoche... abgeschlossen“. Nun „bis zum Ende der 10. KW“. Und „weiterhin gilt das Prinzip von Schlichten und Schweigen“. Eigentlich nur noch Schweigen, denn Schlichten ist grade nicht.

Das Schweigegelübde lässt sich durch nichts rechtfertigen. Nur die Bahn kann ein Interesse daran haben, dass wir nichts erfahren und daher keinen Druck auf sie ausüben. Ihr ist es recht, wenn wir scheinbar ohnmächtig und immer länger auf einen Schlichterspruch warten, der irgendwann vom Himmel fällt. Und die GDL-Führung lässt sich auf dieses Spiel ein.

„Schlichter haben das Wort“ hieß es groß auf der Titelseite des GDL-Magazins. Immerhin wissen wir, wo es ist, das Wort. Die Schlichter haben es sich geschnappt und halten es jetzt irgendwo gefangen. Doch ohne uns fahren die Züge nicht! Da es um unsere Arbeits- und Lebensbedingungen geht, müssen **wir** das Wort haben. Wir sollten uns das Wort nehmen, um darüber entscheiden zu können, wie wir ans Ziel gelangen und welche Mittel wir einsetzen.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin